## Fehlende Integrationsförderung

Luxemburgischer Flüchtlingsrat kritisiert Maßnahmen der Regierung

VON SÉBASTIEN KIEFFER

Der Luxemburgische Flüchtlingsrat sieht die Situation hierzulande kritisch. Die Aufnahme von Asylsuchenden verlaufe zwar gut, an effektiven Maßnahmen der Regierung zur Integrationsförderung mangele es aber gewaltig, lautet die Analyse.

Fast entschuldigend wirkte Sérgio Ferreira (Asti), als er den Fokus der gestrigen Pressekonferenz des Luxemburger Flüchtlingsrats (LFR) vorstellte. Genau wie im vergangenen Jahr stand nämlich die Integration erfolgreicher Asylbewerber im Mittelpunkt. Dies sei jedoch keinesfalls fehlendem Einfallsreichtum geschuldet, sondern zeuge vielmehr von einem anhaltenden Mangel an Anstrengungen seitens der Regierung, so Ferreira.

Bei der Aufnahme von Schutzsuchenden attestierte Ferreira der öffentlichen Seite indes eine gute Arbeit. Wie die zuständige Familien- und Integrationsministerin Corinne Cahen im gestrigen RTL-Interview erklärte, wohnen derzeit etwa 2 750 Menschen in di-Flüchtlingsunterkünften, was einer Auslastung von 75 Prozent entspricht. Im Hinblick auf die Integrationsförderung übt der LFR allerdings deutliche Kritik an der Regierung, Dies obwohl Cahen die Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Kommunen in ebendiesem Bereich ausdrücklich lob-

Im Gegensatz dazu stelle der LFR fest, dass die Integration der Flüchtlinge keine Priorität für die Regierung darstelle, erklärte Ferreira. Nicht nachvollziehbar sei die Behauptung der Ministerin, die hohe Anzahl ankommender Schutzsuchender habe es unmöglich gemacht, sich von Anfang an auf ihre Eingliederung in die luxemburgische Gesellschaft zu konzentrieren.

Enttäuscht zeigt sich Nonna Sehovic (Caritas) darüber, dass die Regierung bei der Ausarbeitung



Syrische Flüchtlinge bei ihrer Ankunft im Centre Héliar in Weilerbach im Jahr 2015. Die Integration in die hiesige Gesellschaft bedeutet ein wichtiger Schritt in ihr neues Leben.

von Integrationskonzepten kaum bis gar nicht auf die Expertise der LFR-Mitgliedsorganisationen zurückzugreifen gedachte. Diese hätten nicht zuletzt seit der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Balkanregion Ende der Neunziger Jahre eine weitreichende Erfahrung bei der (erfolgreichen) Eingliederung von Schutzsuchenden.

Äußerst unbefriedigend sei darüber hinaus die Tatsache, dass keine weiteren Schritte unternommen worden seien zur Stärkung der Autonomie von anerkannten Flüchtlingen. Ihre Abhängigkeit vom Staat sei zu hoch und stelle eine starke Einschränkung in der Bewältigung ihres Alltags dar.

Ein im Kern begrüßenswertes Gesetzesprojekt mit begleitenden Maßnahmen wurde nach einem formellen Einspruch des Staatsrats komplett auf Eis gelegt. "Hier fehlt es der Regierung an Mut", bedauerte Sehovic.

Ein ebenfalls problematisches Feld stellt aus der Sicht des LFR die Eingliederung von Flüchtlingskindern in das hiesige Schulsystem dar. Bedauerlicherweise finde ihr Unterricht in vielen Fällen in isolierter Form statt, erklärte Sandrine Gashonga (Amnesty International). Eine schulische Eingliederung, sprich der direkte Kontakt mit Kindern des Aufnahmelandes seien jedoch essenziell für eine erfolgreiche soziale Integration. Hierauf verweist ausdrücklich das UN-Flüchtlingswerk.

Auch seien zahlreiche Fälle bekannt, in denen die für den Besuch einer solchen Spezialklasse vorgesehene Höchstdauer von einem Jahr überschritten würde, so Gashonga weiter. Dabei gebe es bekannte Modelle, in denen Integration von Anfang an gefördert würde. In Frankreich beispielsweise gehören Flüchtlingskinder prinzipiell einer regulären Schulklasse an und besuchen noch zusätzlich einen Sonderunterricht.

Kritik wurde ebenfalls im Zusammenhang mit der Eingliederung von anerkannten Flüchtlingen in den hiesigen Arbeitsmarkt laut. Hier stellten bürokratische Hürden weiterhin ein Hauptproblem dar, erklärte Cassie Adelaïde (Passerell Asbl). Auch sei die Wartezeit bis zum Erhalt einer Arbeitserlaubnis in den meisten Fällen immer noch zu lang, "Denn keine Arbeit bedeutet letztlich keine Integration", so Adelaïde.